

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

Programm Aktive Beschäftigungspolitik - Sachstand 2011

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 02. August 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	21.06.2012	Ö	() ja () nein	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit nimmt die Zusammenfassung der Information zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 21.06.2012

Ergebnis: Kenntnis genommen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 14	+	Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben Begründung: Die Umsetzung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik soll die Chancen am Arbeitsmarkt benachteiligter Menschen auf einen Arbeitsplatz erhöhen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Das Programm Aktive Beschäftigungspolitik wurde in Heidelberg per Gemeinderatsbeschluss im Jahr 1995 als Instrument zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingeführt. Betriebe und Beschäftigungsgesellschaften können seitdem unter Beachtung des geltenden Vergaberechts Aufträge von der Stadt erhalten, wenn sie Heidelberger Langzeitarbeitslose beschäftigen. Seit 2006 kann die Verwaltung im Rahmen des Programms auch öffentliche Ausschreibungen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte durchführen. Die soziale Bedingung besteht darin, dass die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer langzeitarbeitslose Personen für die Dauer der Auftragsausführung einstellen. Jährlich sollen aus vorhandenen Haushaltsmitteln Aufträge im Volumen von 2,1 Mio. Euro im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik vergeben werden.

Die Anfang 2012 erfolgte Abfrage bei den Fachämtern ergab für das Jahr 2011 folgenden Sachstand:

Insgesamt wurden Aufträge mit einem Volumen von **1.701.042,94 €** vergeben. Die Summe bewegt sich im Rahmen der Schätzungen der Fachämter, die in der Informationsvorlage vom 27.04.2011 im Ausblick für das Jahr 2012 mitgeteilt wurden.

Auftragnehmerinnen waren ifa Heidelberg/Rhein-Neckar gGmbH, Heidelberger Dienste gGmbH, Die Werkstatt eG und die Firma Maier Spielgeräte gGmbH.

Programm Aktive Beschäftigungspolitik, Auftragsvergaben 2011

Amt	Gesamtsumme in Euro	freihändige Vergabe	AuftragnehmerInnen und Auftragsvolumen in Euro			
			ifa	Heidelberger Dienste gGmbH	Die Werkstatt eG	Maier Spielgeräte gGmbH
15	20.366,80			20.366,80		
19	91.215,41	x	91.215,41			
23	50.626,48	x		50.626,48		
31	12.127,68	x		4.238,59	7.889,09	
40	40.487,39	x	6.709,59	4.108,80	29.669,00	
41	14.872,79	x		14.872,79		
42	1.075,35	x	171,20	904,15		
44	1.977,05	x		1.977,05		
66	700,00	x		700,00		
67	65.032,77	x			62.249,95	2.782,82
70	1.381.540,00	x		1.381.540,00		
81	21.021,22	x		21.021,22		
Summe:	1.701.042,94		98.096,20	1.500.355,88	99.808,04	2.782,82

Öffentliche und beschränkte Ausschreibungen wurden im Rahmen des Programms im Jahr 2011 keine durchgeführt. Aufträge vom Kinder- und Jugendamt sind in den Angaben des Gebäudemanagements und dem Landschafts- und Forstamt enthalten. Die durchgeführten Aufträge der genannten Beschäftigungsgesellschaften entsprechen im Wesentlichen denen aus 2010, siehe auch Informationsvorlage vom 27.4.2011.

In den vergangenen Jahren wurden Aufträge im Rahmen des Programms fast ausschließlich freihändig vergeben. Zu den Hauptauftragnehmerinnen gehörten soziale Beschäftigungsträgerinnen und –träger wie ifa Heidelberg/Rhein-Neckar, Die Werkstatt eG und Heidelberger Dienste gGmbH. Neu hinzugekommen ist die Firma Maier Spielgeräte gGmbH. Private Unternehmen haben bisher kaum Gebrauch vom Programm Aktive Beschäftigungspolitik gemacht, weil die öffentlichen Aufträge meist zu klein sind und für interessierte Firmen nicht rentabel genug waren. Für die Fachämter besteht hingegen das Risiko, dass sich auf eine öffentliche Ausschreibung unter sozialen Bedingungen keine Auftragnehmerinnen oder Auftragnehmer bewerben und dass das betreffende Amt deshalb nach einem aufwendigen und zeitintensiven Ausschreibungsverfahren von 3 - 4 Monaten das Projekt erneut ausschreiben muss.

Die Verwaltung arbeitet daran, der Umsetzung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik im vorgesehenen Umfang Rechnung zu tragen und die Anzahl der öffentlichen Ausschreibungen unter sozialen Bedingungen zu erhöhen. Auf Anregung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit in seiner Sitzung am 13.7.2010 wurde dies in die Zielvereinbarung für den Haushalt 2011 des Amtes für Chancengleichheit aufgenommen.

Im Januar 2011 fanden zwischen dem Amt für Chancengleichheit und der zentralen Vergabeabteilung des Rechtsamts Gespräche statt, in denen eine künftige Zusammenarbeit ausgelotet wurde. Die zentrale Vergabeabteilung bietet den Ämtern der Stadt Heidelberg bei auszuschreibenden Aufträgen oder Anfragen dazu Beratung und Hilfestellung an und wird auf Wunsch künftig prüfen, ob eine Ausschreibung unter sozialen Gesichtspunkten geeignet ist.

Im März 2011 wurde mit dem Jobcenter Heidelberg vereinbart, dass dieses im Vorfeld ausgeschriebener Aufträge geeignete Langzeitarbeitslose auswählt, um die zuschlagserhaltende Firma bei der Suche nach passenden Langzeitarbeitslosen zu unterstützen. Interessierte Firmen sollen darauf bereits in der Ausschreibung hingewiesen werden. Um dies zu gewährleisten ist unter Vermittlung des Amtes für Chancengleichheit zwischen dem ausschreibenden Fachamt und dem Jobcenter eine enge Zusammenarbeit vorgesehen.

Parallel dazu wurden alle Fachämter des Dezernats IV gebeten zu prüfen, ob und in welchen Bereichen innerhalb ihres Amtes eine öffentliche Ausschreibung unter sozialen Bedingungen möglich ist.

In der Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 12.5.2011 wurde der Sachantrag gestellt und einstimmig beschlossen, die größte Auftragsvergabe im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik durch das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung in Höhe von 900.000 Euro, die bislang an die Heidelberger Dienste vergeben wurden, künftig stadtweit auszuschreiben. Vor einer weiteren Beratung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 13.7.2011 wurde der Vorgang jedoch in den Ausschuss für Integration und Chancengleichheit zurückverwiesen, um dort nach Klärung der vergaberechtlichen Fragen des Prüfauftrags erneut zu beraten. Aufgrund der Informationen aus dem Prüfauftrag wurde der Sachantrag nicht aufrechterhalten.

Die Verwaltung bemüht sich weiterhin, öffentliche Ausschreibungen unter sozialen Bedingungen durchzuführen. Dies soll bei neuen kleineren Aufgabenfeldern erprobt werden, um auf dem Gebiet der Ausschreibung unter sozialen Aspekten Erfahrungen sammeln zu können. Als ein solches Tätigkeitsfeld war die Sammlung von Altkleidern im Stadtgebiet angedacht. Das Amt für Abfallwirtschaft überarbeitet derzeit das Konzept zur Altkleidersammlung, bei dem auch das Programm Aktive Beschäftigungspolitik Berücksichtigung finden wird. Die ebenso angedachte Zerlegung von Elektronikschrott ist derzeit aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Hier empfiehlt es sich, das Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes abzuwarten, das zahlreiche Änderungen im Abfallrecht mit sich bringt.

Ausblick auf das Jahr 2012

Die Fachämter wurden auch hinsichtlich ihrer Planungen für das Jahr 2012 im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik befragt. Das geplante Auftragsvolumen liegt bei etwa 1.659.789,36 Euro. Die Werkstatt eG hat zwischenzeitlich aus personellen Gründen ihre mit dem Landschafts- und Forstamt geschlossenen Pfliegerträge für diverse Grundstücke gekündigt. Neu hinzukommen wird die Firma Nordbahn gGmbH.

gezeichnet

Wolfgang Erichson